



SPD-Kommunalpolitiker tagen in Laatzen

35 Jahre nach Gründung der SGK Niedersachsen

Laatzen war der Treffpunkt der niedersächsischen Kommunalpolitik: Die in der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) zusammengeschlossenen Politiker tagten im Forum des Erich Kästner-Schulzentrums.

Im Mittelpunkt der alle zwei Jahre stattfindenden Delegiertenversammlung stand zunächst Innenminister Boris Pistorius. Der ehemalige Osnabrücker Oberbürgermeister informierte über aktuelle Vorhaben der Landesregierung:

„Die Kommunalpolitik hat einen hohen Stellenwert in der



Blick in den Versammlungsraum

Landespolitik. Kommunales Handeln ist für die Menschen elementar.“

Engagiert bezog Pistorius Stellung zur Flüchtlingspolitik: „Das Gesicht Deutschlands ist nicht Pegida. Deutschland ist hilfsbereit!“ Die Menschen hätten einen Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben. In diesem Zusammenhang plädierte der Innenminister auch für eine offenere Zuwanderungsregelung.

Ähnlich deutlich ging Hauke Jagau, Präsident der Region Hannover, in einem Grußwort auf die aktuelle Diskussion in den Städten und Gemeinden ein: „Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt, und wir können und müssen Menschen

aufnehmen, die aus bitterer Not zu uns kommen!“

Neben den Rechenschaftsberichten – Vorsitzender Franz Einhaus: „Die SGK Niedersachsen ist weiterhin eine wertvolle

Inhalt

Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden Franz Einhaus

Aus der Beratungspraxis der SGK

Kommunalpolitisches Lexikon A-Z Niedersachsen

Plattform für den Austausch der Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen!“ – und turnusmäßigen Vorstandswahlen stand die Beratung kommunalpolitischer Themen im Mittelpunkt, unter anderem zu den Bereichen Breitbandausbau, Krankenhausförderung und Flüchtlingspolitik. Von den Delegierten wurde im Hinblick auf die Finanzausstattung von



Boris Pistorius

Fotos (3): Stracke



Der SGK-Landesvorstand

Gemeinden, Städten und Landkreisen appelliert, dass die vom Bund in Aussicht gestellten finanziellen Entlastungen auch an die Kommunen weitergereicht werden. Einstimmig wurden die Überlegungen des Landtags begrüßt, in Form einer Enquete-Kommission zu überprüfen, welche Handlungsbedarfe es in ganz Niedersachsen hinsichtlich der Entwicklung kommunaler Strukturen gibt. Unter anderem sollen dabei insbesondere etwaige freiwillige Entwicklungsperspektiven von Kommunen möglich bleiben.

Die Anträge sind im Wortlaut auf www.sgk-niedersachsen.de einsehbar.

Der **Vorstand** setzt sich in der Wahlperiode ab 2015 wie folgt zusammen:

Vorsitzender

Landrat Franz Einhaus, Peine

stellvertretende

Vorsitzende

Bürgermeisterin
Silvia Nieber, Stade
Oberbürgermeister
Dirk-Ulrich Mende, Celle

Schatzmeister

Bürgermeister a.D.
Helmut Hinrichs, Hatten

Schriftführer

Hauptgeschäftsführer
Heiger Scholz

26 BeisitzerInnen und 4 VertreterInnen des Landesverbandes / der Bezirke

Baier, Horst (Bersenbrück)	Peterschröder, Olaf (Holzminden) neu
Block, Volker (WHV) neu	Priebs, Axel (Hannover)
Bode, Linda (UB Stade) neu	Rudszuck, Petra (Hannover)
Bovenschulte, Andreas (Weyhe) neu	Salle-Eltner, Astrid (Vienenburg)
Dettmer, Wolfgang (Hildesheim)	Schneider, Arne (Laatzen)
Eertmoed, Manfred (Hinte)	Schröder, Dirk (Hildesheim) neu
Ernst, Berthold (Northeim) neu	Siekiera, Iris (UB Hildesheim)
Feldmann, Julia (Norden) neu	Stracke, Theo (Hannover)
Fricke, Jan (Helmstedt)	Trütken, Benno (Fürstenau)
Handtke, Tobias (UB Harburg) neu	Walther, Wolfgang (Ronnenberg)
Harter, Henning (Gehrden)	Wegener, Gunnar (Cuxhaven)
Hunter-Roßmann, Hannelore (Wildesh.)	Andrea Kötter (Weser-Ems) neu
Knop, Rainer (UB Gifhorn)	Claus Johannßen (NN)
Krogmann, Jürgen (Oldenburg)	Christiana Steinbrügge (BS) neu
Lange, Rainer (Ganderkesee)	Ulrich Watermann MdL (Hannover)

Liebe Freundinnen und Freunde sozialdemokratischer Kommunalpolitik,

Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden Franz Einhaus

Die Mitgliederentwicklung der SGK Niedersachsen ist erfreulich gut und sicherlich auch ein Ergebnis des Wirkens unseres Landesgeschäftsführers Dr. Manfred Pühl.

Ein Schwerpunkt lag auch in der erfolgreichen Werbung neugewählter Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamter. Für dieses Bemühen danke ich sehr herzlich!

Wir waren im Berichtszeitraum wieder eine wertvolle Plattform für den Austausch unserer Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Nach wie vor unterstützen wir durch unsere Beratungstätigkeit viele kommunale Akteure



Franz Einhaus Foto: Lankreis Peine

in ihrer Tätigkeit vor Ort. Wir haben uns laufend auf vielen Politikfeldern zu Wort gemeldet und dabei Impulse gesetzt. Auch mit unserer allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit konnten wir zu zahlreichen kommunal-

politischen Themen Stellung beziehen und diese der Politik in Niedersachsen vermitteln.

Mit Genugtuung haben wir festgestellt, dass mit Antritt der neuen rot-grünen Landesregierung wichtige kommunale Forderungen umgesetzt wurden und sich das Verhältnis zur kommunalen Ebene verbessert hat.

Mit Weil im Kontakt

Die Fraktionsvorsitzenden aus Räten und Kreistagen sowie die Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten werden regelmäßig zu Konferenzen mit Stephan Weil und der Landesregierung eingeladen. Der SGK-Landesvorstand hat sich

im Sommer 2013 mit Stephan Weil zu einem Gedankenaustausch getroffen.

Positiv registrieren wir, dass die Europa- und Strukturpolitik mittlerweile auf neue Beine gestellt wurde. Eine Platzierung dieser Aufgabenstellung in der Staatskanzlei zeigt, dass hier zu Recht eine übergeordnete Koordinierungsaufgabe gesehen wird. Die Feststellung der Staatssekretärin Honé, dass wir erfolgreich nur bestehen können, wenn gemeinsam Lösungen für die künftige Entwicklung des Landes erarbeitet werden, wird von uns ausdrücklich unterstützt! Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die Aussage des

Landes, dass Nachhaltigkeit und gleichwertige Chancen für die verschiedenen Regionen Niedersachsens dabei Priorität haben sollen und die strukturellen Rahmenbedingungen in den Regionen des Landes analysiert wurden.

Mit den erarbeiteten Regionalen Handlungsstrategien sollen die EU-Förderprogramme wesentlich zielgenauer und mit maximalem Nutzen für die unterschiedlichen Landesteile eingesetzt werden.

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass die weniger werdenden EU-Mittel insbesondere dort investiert werden



Ehregast Dr. h.c. Herbert Schmalstieg

Foto: Stracke

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechts-
extremismus ist nach wie vor ein
aktuelles und zentrales Thema. Wer
den blick nach rechts regelmäßig liest,
erkennt die aktuellen Gefahren von
rechtsaußen und kann sachkundig
argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt



Weitere Informationen
im Netz: www.bnr.de



Ehrung von Gründungsmitgliedern 1980 (v.r. Voigt, Boese, Endlein, Schmalstieg)

Fotos (3): Stracke

sollen, wo große wirtschaftliche, soziale und demografische Probleme bestehen.

Deshalb ist es auch sehr zu begrüßen, dass die Regionen des Landes mit ihren kommunalen Partnern vor Ort im Mittelpunkt der regionalen Landesentwicklungspolitik stehen sollen und dazu im Januar

2014 vier Landesbeauftragte mit Ihren Ämtern für regionale Landesentwicklung in Braunschweig, Leine-Weser, Lüneburg und Weser-Ems eingerichtet wurden.

Gleiche Chancen für alle

Chancengerechtigkeit ist uns Sozialdemokraten im Bildungssektor ein elementares Anliegen.

Aus kommunaler Sicht können wir davon ausgehen, dass nun endlich die Schulangebote vor Ort stärker nach den Interessen der Eltern bzw. der Schülerinnen und Schüler strukturiert werden können und den Kommunen hierbei mehr Gestaltungsspielraum gegeben wird. Unter Einbezug integrierter Schulformen sollten

sich jetzt mit gut angepassten Schulentwicklungsplanungen profilierte Schullandschaften besser gestalten lassen.

Inklusion als Aufgabe

Vor gewaltige Herausforderungen gestellt sehen sich die Kommunen beim Thema Inklusion. Dieses meint mehr als einen neuen Bildungsansatz oder eine neue Unterrichtsmethode. Inklusion bedeutet vielmehr einen Paradigmenwechsel. Inklusion basiert auf einem neuen Verständnis für Menschen mit Behinderung. Zurzeit liegt der Fokus der Fragestellungen rund um Inklusion klar im Schul- und Bildungsbereich. Schulen vermögen einen wichtigen Beitrag dazu zu leisten, sowohl ein neues Bild von Menschen mit Behinderung zu entfalten als auch einen selbstverständlichen Umgang von Menschen mit und ohne Behinderung zu entwickeln. Doch letztlich ist natürlich die ganze Gesellschaft gefragt, die Idee des Miteinanders zu verankern und allen die Teilhabe zu ermöglichen.



SGK-Bundesgeschäftsführer Alexander Götz in Hannover angekommen

Jetzt ist es entscheidend, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. Denn fatal wäre es, wenn wir uns mit gut gemeinten rechtlichen Vorgaben auf den Weg machten, aber später feststellen, dass vor Ort die Voraussetzungen nicht gegeben sind. Dieses würde kontraproduktive Effekte auslösen, die dem Thema schaden und uns sehr zurückwerfen würden. Leidtragende wären die Betroffenen.

Deshalb auch ist es gut und richtig, wenn – wie derzeit – in einzelnen Teilbereichen das Tempo gedrosselt wird und

Entwicklungsspielräume aufgezeigt werden.

In Verbindung mit den zwingend erforderlichen guten Konzepten sind aus kommunaler Sicht natürlich auch finanzielle Fragestellungen zu beantworten. In diesem Zusammenhang ist es erfreulich, dass es hier zu einer außergerichtlichen Einigung mit dem Land gekommen ist.

Ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge und zentraler Standortfaktor ist in Niedersachsen die flächendeckende Versorgung mit Internetzugängen hoher Bandbreite. Das Thema ist eine der wichtigsten infra-



Am Rednerpult: Die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Johanne Modder

Anzeige

**Deutschland
kommunal**

Für alle Fälle haben sie mit „Deutschland kommunal“ die richtige App.

Man muss nicht alles wissen, aber man muss wissen, wo man nachgucken kann.

Anschriften und Kontaktdaten von Bürgermeistern, Dezernenten, Fraktionsvorsitzenden und viele weitere kommunale Ansprechpartner finden Sie hier.

www.deutschlandkommunal.de





Arne Schneider hat die Tagung in Laatzen organisiert.

Foto: Stracke

strukturellen Herausforderungen unserer Zeit, vergleichbar der Elektromobilität oder Energiewende. Dabei beobachten wir eine wachsende Spaltung zwischen den urbanen Ballungszentren und ländlichen Räumen mit Sorge. Bis zum Jahr 2018 soll es nach Plänen der Bundesregierung in Deutschland eine flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 50 Mbit/s geben. Die vorgesehenen Fördermittel für die laufende EU-

Förderperiode 2014 – 2020 sind laut allgemeiner Einschätzung der Fachleute jedoch für den Ausbau eines schnellen Breitbandnetzes unzureichend.

Um dieses wichtige Anliegen des Breitbandausbaus voranzubringen, bedarf es einer gewaltigen Kraftanstrengung und einer besseren Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, um sinnvolle, finanzierbare und nachhaltige Lösungen zu finden.

Weltoffen handeln!

Wir Kommunen erfüllen einen gesetzlichen Auftrag des Bundes, der uns verpflichtet – wie alle anderen Kommunen in Deutschland auch – eine bestimmte Anzahl an Asylsuchenden aufzunehmen und unterzubringen. Sicher ist es für die Städte, Gemeinden und Landkreise nicht immer leicht, mit den Folgen politischer Entwicklungen und Entscheidungen konfrontiert zu werden, die

ganz woanders stattfinden oder getroffen werden. Doch genauso ist es heute nicht nur für die große Politik, sondern auch im Kleinen selbstverständlich, weltweit offen zu handeln und sich für den Schutz der Menschenrechte einzusetzen.

Dazu zählt insbesondere das Recht auf Asyl. Zu uns kommen jetzt Menschen, die dieses Recht in Anspruch nehmen möchten und die oft Schlimmes erduldet haben. Sie suchen eine Zuflucht, sie suchen ein Land, das ihnen die Chance zu einem Neuanfang gibt.

Im jüngsten „sgk-aktuell“ wurde bereits darauf hingewiesen, dass es vom Bund mittlerweile mehr finanzielle Mittel gibt, um den Flüchtlingsstrom bewältigen zu können. Dennoch reicht dieses bei Weitem nicht aus, weil es mit der reinen Unterbringung der Flüchtlinge nicht getan ist. Gefragt ist vielmehr eine intensive Betreuung der hier

Gestrandeten. Offensichtlich aber erkennt die Bundespolitik diese Problemlage nur sehr schleppend, entsprechend gering fällt die finanzielle Förderung aus. Die gut 6 000 Euro, die pauschal pro Asylbewerber und Jahr gezahlt werden, sind längst nicht ausreichend. Ein Betrag in Höhe von 10 000 Euro wäre hier angemessen.

Mehr Weiterbildung

Für sehr wichtig halte ich eine ständige Fortbildung und Motivation unserer ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Wir haben daher zusammen mit der Kommunalpolitischen Vereinigung Niedersachsen (KPV) beim Präsidenten des Niedersächsischen Landtags Bernd Busemann die Auflegung eines Förderprogramms erörtert. Dazu benötigen wir einen Bildungspartner, um den wir uns aber schon bemüht haben.

Ein solches Förderprogramm sollte, wie in mehreren anderen Bundesländern, beim Landtagspräsidenten angesiedelt werden. Wir hoffen auf eine Realisierung unseres Vorschlages.

Der Landesvorstand hat im Berichtszeitraum zehnmal getagt und eine Klausurtagung in Bad Pyrmont durchgeführt.

2015 wird eine Reihe von Vorstandsmitgliedern ausscheiden. Glücklicherweise finden sich aber immer wieder Mitglieder, die Interesse an der Arbeit finden und nachrücken werden.

Ihnen danke ich herzlich für die Mitarbeit in einem harmonischen Gremium.

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Niedersachsen e.V.,
Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover
Redaktion:
Dr. Manfred Pühl, Theo Stracke,
E-Mail: manfred.puehl@spd.de

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel
Litho: metagate Berlin, Litfaß-Platz 1,
10178 Berlin, Tel. (030) 283 06-200

Druck: Braunschweig-Druck GmbH,
Ernst-Böhme-Str. 20, 38112 Braunschweig

Aus der Beratungspraxis der SGK

Entscheidung über eine gerichtliche Klage

Frage:

Ist es zulässig, dass die Hauptverwaltungsbeamten (HVB) eine Klage ohne vorherige Autorisierung durch die jeweiligen Räte erheben können, um die Erhöhung der Kreisumlage (KU) zu verhindern?

Antwort:

1. Exakt formuliert erheben die Gemeinden/Städte, vertreten durch ihre Bürgermeister, eine Klage. Es ist auch nicht eine Klage aller Gemeinden zulässig,

sondern jede müsste einzeln Klage erheben. Sollte es soweit kommen, wäre aber zu erwägen, ob aus Kostengründen zunächst nur eine Kommune ein Pilotverfahren startet.

2. Der Kern der Anfrage zielt darauf ab, wer intern über die Erhebung einer Klage entscheidet.

- a. Eine Zuständigkeit des Rates ist nicht gegeben.
- b. Insoweit käme eine Zustän-

digkeit des HVB als Geschäft der laufenden Verwaltung bzw. zur Vorbereitung von Beschlüssen (Haushalt) oder des VA in Betracht.

Meines Erachtens kommt es darauf an, wie die Haushaltssituation der jeweiligen Gemeinde aussieht. Ist diese angespannt, ist es Aufgabe des HVB, weitere Ausgaben zu begrenzen, dazu gehörte auch die Abwehr einer möglicherweise rechtswidrigen KU-Erhöhung. Ander-

erseits könnten die politischen Gremien die Frage als so bedeutsam ansehen, dass sie sie für beschlussbedürftig im VA halten.

Um Streitigkeiten im Vorfeld zu verhindern, würde ich raten, wenn die Fraktionen die 2. Variante wünschen, bereits jetzt im VA einen Vorbehaltsbeschluss zu fassen (§ 76 Abs. 2 NKomVG). Damit wäre eine alleinige Entscheidung des HVB ausgeschlossen.

Anzeige



Zu viel Papier? Für Kommunale gibt's per E-Mail den DEMO-Newsletter!

Seit sieben Jahren erscheint der kostenlose DEMO-Newsletter. In monatlicher Erscheinungsweise geht er an über 14 000 Mailadressen aus kommunaler Wirtschaft, Politik und Verwaltung und bietet aktuelle Meldungen, Tipps und Termine aus Städten, Kreisen und Gemeinden, Ländern, Bund und EU, zu SPD und SGK.

- **Anmeldung im Internet**
www.demo-online.de
- **Anmeldung per E-Mail**
newsletter@demo-online.de
- **Werben im DEMO-Newsletter**
Informationen unter E-Mail
witzel@demo-online.de





Foto: Polo

Kommunalpolitisches Lexikon A-Z Niedersachsen

Nützliches Handwerkszeug für Rats- und Kreistagsmitglieder sowie MitarbeiterInnen der Kommunen

Kommunalpolitik ist kein einfaches Geschäft. Das beginnt schon bei der inneren Organisation der Arbeit in der Vertretung und endet bei den vielen Fachgesetzen, die die inhaltliche Arbeit bestimmen.

munalverfassung, dem Kommunalwahlrecht, dem kommunalen Haushaltsrecht, dem Bau- und Planungsrecht, dem Umweltrecht, dem Sozialrecht, dem Straßenrecht sowie weiteren kommunalrelevanten Fachgebieten.

Wo findet man eine einfache Erläuterung der vielen Fachbegriffe und Sachverhalte? Ein Team erfahrener ehrenamtlicher und hauptamtlicher Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus Niedersachsen hat sich dieser Aufgabe gewidmet und ein Nachschlagewerk erarbeitet.

Behandelt werden alle grundlegenden Begriffe aus der Kom-



Bestellformular

Ich/Wir bestelle(n) _____ Exemplare des Kommunalpolitischen Lexikons A-Z Niedersachsen. Lieferung an untengenannte Anschrift. Preis pro Exemplar 19,80 Euro (Zahlung: wird per Lastschrift eingezogen) zu bestellen: per Post SGK-Landesverband Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover, per Fax 0511-1674-211, per E-Mail: manfred.puehl@spd.de

Lieferanschrift: _____

Einzugsermächtigung

Hiermit bevollmächtige ich/wir die SGK-Niedersachsen e.V., die von mir/uns zu entrichtende Schutzgebühr für das SGK-Wahlkampf-Handbuch von meinem/unserem Konto abbuchen zu lassen.

Konto-Nr. _____

BLZ _____ Geldinstitut _____

Vor- und Zuname bzw. Fraktion _____

Unterschrift des Kontoinhabers _____ Ort und Datum _____